

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/242

Bonn, den 20. Dezember 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

Bank an Brown

41

Aber auch auf uns kommt es an

2 Regierungswechsel aus der Sicht Englands 41

"Chance for Herr Brandt"

Von Fritz Segall, London

3 Regierungswechsel in Bonn aus der Sicht Israels 48

Israel erwartet Deutschlands Unterstützung in der EWG

Von unserem Korrespondenten in Israel, J. E. Palmon

4 Fritz Sunger 23

Zu seinem 65. Geburtstag

4 Vernderungsbedurftig - Versorgungslücken bei Soldatenwitwen 24

Eine Klarstellung des Bundesverteidigungsministeriums

- + +

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Sozialdemokratische Stimmen
nach der Regierungserklärung

Adolf HASENOHL mit neuer Aufgabe betraut

+ + +

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheldtstrae 17 • Telefon: Geschäftsführung 21801/318 • Redaktion 21831/32 • Telex: 8886890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Dank an Brown

Aber auch auf uns kommt es an

sp - Seit den relativen Wahlerfolgen der NPD in Hessen und in Bayern werden bestimmte Kreise, auch im befreundeten Ausland, nicht müde, das "Aufkommen einer neuen nationalsozialistischen Gefahr" in der Bundesrepublik wie ein Menetekel an die Wand zu malen. In Paris kam es vor kurzen zu turbulenten Demonstrationen vor der Botschaft der Bundesrepublik. Zu behaupten, die Demonstranten seien "nur" Kommunisten gewesen, wäre falsch, obwohl natürlich die französischen Kommunisten ihren Teil dazu beigetragen hatten, der Demonstration den nötigen Druck zu geben. Auch in Belgien, Holland und in England hat sich die Öffentlichkeit mit der NPD beschäftigt. Im britischen Unterhaus forderte eine Abgeordnetengruppe sogar, die "vier Alliierten" sollten gemeinsam die Gefahr eines Wiedererstehens des deutschen Nationalismus erörtern.

Zum zweitenmal hat jetzt der Außenminister der britischen Labour-Regierung, Brown, diese Forderung zurückgewiesen. Zu Journalisten aus Ostblockländern sagte er, er sei sicher, daß man dem neuen Deutschland Vertrauen schenken könne. Und im britischen Unterhaus erklärte Brown: "Wir müssen dafür sorgen, daß wir nicht die Fehler wiederholen, die wir in den zwanziger und dreißiger Jahren gemacht haben." In diesem Zusammenhang erinnerte Brown auch daran, daß bei den Landtagswahlen in Hessen und in Bayern die großen demokratischen Parteien über 90 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnten.

Am Beispiel Großbritannien zeigt sich, wie wichtig es für uns ist, gute und zuverlässige Freunde im Ausland zu haben. Wir haben alle Ursache, dem britischen Außenminister zu danken.

Bei der Erörterung dieses Problems dürfen wir uns jedoch nicht nur auf Freunde im Ausland verlassen. Wir selbst müssen mit der NPD politisch fertig werden. Das beste Mittel hierfür dürfte sein, allen Unzufriedenen und besonders den Jungwählern zu zeigen, daß wir die Demokratie ernst nehmen, indem wir auch in schwierigen Zeiten das Funktionieren des demokratischen Staates gewährleisten.

Im Ausland müssen wir durch geeignete Persönlichkeiten das unverfälschte Bild des demokratischen Deutschland darstellen. Dazu gehört unter anderem auch, daß beamtete und nichtbeamtete Persönlichkeiten, die bei kulturellen Veranstaltungen oder auf internationalen Konferenzen die Bundesrepublik vertreten, in jeder Beziehung den Nachweis für ihre politische Integrität zu führen in der Lage sind. Wenn jemand in einem östlichen oder westlichen Nachbarland Deutschlands einen Vortrag über die politische Entwicklung in der Bundesrepublik hält, dann muß er mehr bieten können als die Sprachkenntnis des Landes, in dem er spricht. Wir haben in der Bundesrepublik genügend jüngere und auch ältere befähigte Persönlichkeiten, die die deutsche Demokratie im Ausland würdig vertreten können und denen man glaubt, wenn sie sagen, daß wir gewillt sind, die Demokratie wie unseren Augapfel zu hüten.

Regierungswechsel aus der Sicht Englands

"Chance for Herr Brandt"

Von Fritz Segall, London

"Chance for Herr Brandt" - Unter diesem Titel veröffentlicht die konservative "The Times" einen Leitartikel, den sie mit den Worten abschließt: "Wenn Herr Brandt sein außenpolitisches Programm erfüllen kann, wäre diese Koalition gerechtfertigt." Im Übrigen wird auch die Osteuropa-Konzeption Herbert Wehners in den Kommentaren der britischen Presse in den Vordergrund gestellt.

Es war bedauerlich, daß die Regierungsbildung mit den Wahlerfolgen der KPD, die auch in Großbritannien sehr schadeten, zusammenfiel und das Unterhaus zu einem Antrag aller Parteien veranlaßte, der die Regierung ersucht, Verhandlungen mit Paris, Moskau und Washington aufzunehmen, um in Bonn gemeinsame Schritte einzuleiten, die zur Eindämmung einer nationalsozialistischen Gefahr führen.

Sowohl im Unterhaus und außerhalb des Parlaments durch Außenminister George Brown, als auch im Oberhaus durch den Regierungsvertreter Lord Chalfont wurde die Öffentlichkeit aufgefordert, den Radikalismus in Hessen und Bayern doch nicht zu ernst zu nehmen. Diese Warnung war angebracht, zumal auch der konservative Oppositionsführer Ted Heath beim Abschluß der Debatte über den Gemeinsamen Markt plötzlich von einem Zerfall in Europa mit einem deutlichen Hinweis auf die deutschen Wahlergebnisse sprach. Aber auch während der Verhandlungen im Europarat bestätigten die britischen Vertreter mehrfach den Wunsch der britischen Regierung, den Beitritt zur EWG möglichst schnell und reibungslos zu vollziehen. Mit der Vorbereitung zum Eintritt steht auch die geplante Einführung des Dezimalsystems im Zusammenhang; über das die britische Presse in großer Aufmachung berichtete.

Seit etwa 100 Jahren hat Großbritannien stets nach einem Verbündeten auf dem Kontinent gesucht. Die "Entente" ist z.Z. alles weniger als "Cordiale". Für Bonn eröffnet sich daher eine Vermittlerrolle zu Paris, die gleichzeitig zu einer stärkeren Bindung zum britischen Partner führen könnte. Der Beitritt zur EWG war in diesem Jahre ein Hauptfaktor in der britischen Europapolitik; er wird es auch in absehbarer Zukunft bleiben. Aus diesem Grunde wurde die Regierungserklärung Dr. Kiesingers im liberalen "Guardian", obwohl "sie viel andeutete aber wenig Bestimmtes versprach", sympathisch aufgenommen. Auch die linke "Sun" hob hervor, daß es die deutsche Regierung begrüßen würde, "wenn Großbritannien und andere Mitglieder der Freihandelsassoziation in die EWG eintreten würden".

Regierungswechsel in Bonn aus der Sicht Israels

Israel erwartet Deutschlands Unterstützung in der EWG

Von unserem Korrespondenten in Israel, J. E. Palmon

Bei der Bildung der neuen Regierung in Deutschland rief in Israel natürlich die Tatsache eine gewisse Erregung hervor, daß der Bundeskanzler Mitglied der KSDAP und Beamter in der Zeit des Dritten Reiches war. Die Verbände der Antinazi-Kämpfer und die sonst gegen Annäherung an Deutschland auftretenden Zeitungen machten sofort ihre Vorbehalte geltend. In einem Artikel hieß es: "Nachdem die KPD in die Parlamente kommen kann, ist ein ehemaliger Nazi hoffähig geworden und kann Bundeskanzler" werden.

Diese Auffassung wird jedoch von der Regierung Israels und führenden politischen Kreisen nicht geteilt. Auch Botschafter Ben Nathan sprach sich sehr positiv über Kiesinger aus. Der israelische Außenminister Eban gab im Parlament eine sehr zurückhaltende Erklärung ab, in der er vor Überschätzung der NPD-Erfolge warnte. Darüber hinaus ist Israel jedoch an weiterer Zusammenarbeit mit Deutschland interessiert. Für Israel (und das jüdische Volk) sind heute vor allem zwei Dinge wichtig: Israel erwartet, daß die neue Bundesregierung die Zahlung der Wiedergutmachungssummen fortsetzt, und daß endlich die noch vielen wartenden Naziopfer (die zum Teil schon in hohem Lebensalter sind) in Genuß der ihnen zustehenden Entschädigung kommen. Die Bürger Israels hoffen, daß die Regierung, die übrigens in Israel immer "Kabinetts-Kiesinger-Brandt" genannt wird, hier ihre Verpflichtungen erfüllt und möglichst bald für eine Beschleunigung der Abwicklung sorgt.

Weiter ist Israel sehr daran interessiert, daß die neue Bonner Regierung Israels Assoziierungs-Gesuch an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft unterstützt. Für Israel ist die Regelung der Beziehungen zur EWG zu einer Lebensfrage geworden, da Israel bei Beibehaltung der jetzigen Zollmauern der EWG in seiner wirtschaftlichen Entwicklung auf größte Schwierigkeiten stößt. Deutschland hat Israel 1966 einen Entwicklungskredit in Höhe von 40 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt; es hieße dem Zweck dieser Kreditgewährung entgegen handeln, wenn zugleich Israels Außenhandlungsmöglichkeiten durch die Zollbestimmungen der EWG beeinträchtigt und gestört werden.

Ganz unabhängig von den "israelischen Wünschen" stehen politisch interessierte Kreise in Israel dem Experiment der Großen Koalition mit gewissen Zweifeln und Neugier gegenüber. In einigen Leitartikeln wurde die Meinung geäußert, daß Deutschland jetzt in die Ära des "Proporz" nach österreichischem Muster eintrete. Die Möglichkeit und Gefahr bestehe, daß selbst bei bestem demokratischem Willen der SPZ die Kontrollmöglichkeit der Opposition und des Parlaments eingeengt werde und daß alles im Schöße der allmächtigen Koalition ausgehandelt wird.

"Die Regierung Kiesinger-Brandt muß ihre Bewährungsprobe bestehen" schrieb das führende Regierungsorgan Dawar, das den neuen Kabinetts im allgemeinen nicht unfreundlich gegenübertrat. Die politische Landschaft Deutschlands hat sich durch die Bildung dieser Regierung so verändert, daß man erst abwarten will, und diejenigen, die an Förderung der Beziehungen zu Deutschland interessiert sind, hoffen, daß diese Änderung sich positiv auswirken wird.

Fritz Sänger

Zu seinem 65. Geburtstag

sp - Auf ein reiches, kampferfulltes und spannungsgeladenes Leben kann Fritz Sänger, kenntnisreicher Journalist und sozialdemokratischer Politiker, am 24. Dezember, seinem 65-jährigem Geburtstag, zurückblicken. Die Lauterkeit seines Charakters hat ihm viele Freunde erworben. Den ehemaligen Volksschullehrer zog es schon in frühen Jahren zur Politik und zu publizistischer Tätigkeit hin. Der Halbmonatsschrift "Der Ruf", Zeitschrift des preußischen Lehrerverbandes für den Lehrernachwuchs, prägte er in der Weimarer Republik den Stempel seiner Persönlichkeit auf. In den schweren und düsteren Jahren des Dritten Reiches hielt er Fühlungnahme mit dem deutschen Widerstand, half unter Lebensgefahr Verfolgten und Bedrängten. Viele Männer des 20. Juli zählten zu seinen persönlichen Freunden, und es ist ein wahres Wunder, daß er, der aktive und kämpferische Demokrat, die Vernichtungswut der Verderber Deutschlands Überstand. Nach dem Zusammenbruch berief ihn Kurt Schumacher zum Chefredakteur des wiedererstandenen "Sozialdemokratischen Pressedienstes". In gleicher Eigenschaft leitete er viele Jahre die Deutsche Presseagentur, deren Grundlagen er legte und deren Aufbau er mit Eifer betrieb. Seit 1961 gehört Fritz Sänger als sozialdemokratischer Abgeordneter dem Bundestag an. Wenn er in seiner Fraktion oder im Bundestag zu Fragen einer gesicherten Pressefreiheit - und nicht nur zu diesen allein - spricht, kann er einer aufmerksamen Zuhörerschaft gewiß sein. Sein Wort zählt viel, es hat Gewicht. Fritz Sänger ist sich in wandelnden Zeiten stets treu geblieben. Der nun 65-Jährige hat uns allen noch viel zu geben.

Veranderungsbedurftig - Versorgungslücken bei Soldatenwitwen

Zu unserem unter obigem Titel am 9. Dezember im Sozialdemokratischen Pressedienst erschienenen Artikel hat uns die Pressestelle des Bundesverteidigungsministeriums eine Klarstellung gegeben, die wir nachstehend veröffentlichen.

"In Ihrem Pressedienst vom 9. Dez. 1966 wurde in dem Beitrag "Veranderungsbedurftig - Versorgungslücken bei Soldatenwitwen" auf Seite 4 eine Zahl von 750 Soldaten genannt, die jährlich bei Unfällen ums Leben kommen. Es muß der Eindruck entstehen, als würden in jedem Jahr in der Bundeswehr bei Unfällen im Dienst 750 Soldaten ihr Leben verlieren. Das trifft nicht zu.

Im Dienst kamen bei Unfällen in der Bundeswehr 146 Soldaten, 59 im Jahre 1964 und 102 im Jahre 1965 ums Leben, davon (erste Zahl für 1964, zweite Zahl für 1965) bei Kraftfahrzeugunfallen 68 und 48, bei Flugzeugunfallen 36 und 29, beim Umgang mit Waffen und Munition 24 und 12, aufgrund anderer Unfallursachen 18 und 13. - Die Bundeswehr hatte im Jahre 1964 eine durchschnittliche Personalstärke von 428.500 Soldaten, im Jahre 1965 von 441.000 Soldaten. - Bei Unfällen mit privaten Kfz im zivilen Straßenverkehr außerhalb des Dienstes verloren 355 Soldaten (1964) und 320 (1965) ihr Leben. Die Zahl aller Todesfälle von Soldaten der Bundeswehr im Jahre 1965 beträgt 641. In dieser Zahl sind außer den 102 im Dienst tödlich verunglückten Soldaten alle Sterbefälle durch Krankheit oder Unfälle außerhalb des Dienstes im Straßenverkehr oder im Urlaub oder bei anderen Ereignissen, die mit dem militärischen Dienst nicht im Zusammenhang stehen, enthalten."